

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Hof und Scholle“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 11.

Dienstag, den 24. Januar 1928.

21. Jahrgang.

Wer sich gewöhnt, stets vorzulegen,
Der bleibt bewahrt vor Schuld
und Sorgen.

Neue Dokumente zur Kriegsschuld

Der Kampf gegen die Lüge von der deutschen Allein Schuld am Weltkriege hat in den letzten Wochen zu neuen Erfolgen geführt. Die norwegische Nationaldruckerei in Oslo veröffentlichte dieser Tage ein umfangreiches Werk in deutscher Sprache, das wertvolles Material zur Beurteilung der Kriegsschuldfrage enthält und bei den Diskussionen über die Schuld am Kriegsausbruch sicher noch eine große Rolle spielen wird. Handelt es sich doch um ein Werk, das in jahrelanger Arbeit zustande gekommen ist und literarische namhafter Gelehrter des neutralen Auslandes enthält.

Träger der Aktion ist die neutrale Kommission Norwegens zur Erforschung der Kriegsschuld, die 1919, kurz nach der Verkündung des Versailler Friedensvertrags, ins Leben trat und sich aus drei führenden Rechtsgelehrten Norwegens zusammensetzte. Die Arbeiten der Kommission gestalteten sich sehr schwierig, nahmen bald einen schleppenden Verlauf, und schließlich fehlte es auch nicht an Versuchen, die direkt auf die Sabotierung der Kommissionsarbeiten abzielten. Eine neue Wendung nahm die Untersuchung erst, als der bekannte amerikanische Senator Owen im Anfang Dezember 1925 anregte, ein Gutachten unparteiischer Gelehrter und neutraler Universitäten einzuholen.

Am langatmigen Abhören auszufallen und das Wesentlichste klar in den Vordergrund zu schieben, schlug Senator Owen vor, nur zwei Punkte in dem Fragebogen zu erörtern, und zwar folgende:

1. Gründen sich die Friedensverträge, die den Weltkrieg abschlossen, in ihren wichtigen Punkten auf die Voraussetzung, daß die eine Mächtegruppe die alleinige Verantwortung für den Krieg trägt, während die andere Gruppe keine solche Verantwortung hat?

2. Wenn das der Fall ist, stimmt diese Voraussetzung mit den jetzt vorliegenden Tatsachen überein, daß das Gewissen der Menschheit die Friedensverträge ruhig hinnehmen darf als eine gerechte Bestrafung der für den Krieg einzig Verantwortlichen?

Die norwegische Kommission beherzigte den Rat und schickte alsbald ein entsprechendes Formular an die Rechtswissenschaftler und Universitäten Norwegens, der Schweiz, Schwedens, Finnlands und Hollands. Die Antworten füllen das jetzt veröffentlichte Werk, das in den nächsten Tagen übrigens auch in französischer und englischer Sprache herausgegeben werden wird. Die erste Frage ist von allen bejaht worden, und bei den Antworten zu der zweiten Frage fehlt es nicht an scharfer Schärfe gegen die Vergewaltigung der unterliegenden Völker durch den Versailler Friedensvertrag, die mit Gerechtigkeit ganz gewiß nichts zu schaffen hat. Am bedeutsamsten sind die Antworten der norwegischen Völkerrechtslehrer Gjesbält und Dr. Wall, die sich zu einem förmlichen Gutachten streng wissenschaftlichen Charakters ausgewachsen haben und bei aller Kritik an der deutschen Vorkriegspolitik die jammern bekannten Gestalten Greys, Sazanows und Tscholitsch dämonehenheit aufleuchten lassen.

Ein Zufall hat es gewollt, daß gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Untersuchungen der norwegischen Kommission auch neue Einzelheiten über die Arbeiten des amerikanischen Senats zur Erforschung der Kriegsschuld bekannt werden. Bekanntlich hatte der Washingtoner Senat im Februar 1925 eine der Kongressbibliothek angegliederte Abteilung mit der Erstellung eines Gutachtens über die Schuld am Kriegsausbruch beauftragt. Amerikanischen Mätkermeldungen zufolge ist dieser Bericht, von dem bisher nichts gehört wurde, tatsächlich erstattet, jedoch nicht veröffentlicht worden, weil er dem deutschen Standpunkt so günstig war, daß er „aus Gründen diplomatischen guten Einvernehmens“ nicht als Regierungsbericht gedruckt werden konnte!

Darans ergibt sich also, daß die moralische Grundlage des Versailler Vertrages immer mehr ins Wanken gerät! Man hat einer Mächtegruppe Gewalt angetan und kann heute nicht mehr verhindern, daß der Gewalttät offen als solcher erkannt wird. Der

ist ein Zustand, mit dem sich das Gewissen der Menschheit nicht abfinden kann! Diefenige Inflation aber, die berufen ist, offen gegen die Heuchelei des Versailler Vertrages Front zu machen, ist der Völkerverbund. Seine Aufgabe ist es, Störungen des Friedens aus dem Wege zu schaffen. Und Heuchelei und Lüge müssen Störungen des friedlichen Einvernehmens im Gefolge haben. Allerdings wird der Völkerverbund an das Kriegsschuldproblem nur zaghaft herangehen und erst dann, wenn ihm kein anderer Ausweg mehr bleibt.

Konflikt in Havanna.

Vorstoß Mexikos gegen Washington. — Befestigung des händigen Vorstoßes Nordamerikas? — Hughes wehrt ab und beruhigt.

Die panamerikanische Konferenz, die sich bisher in Havanna in ruhigem Fahrwasser bewegte, ist plötzlich in ein kritisches Stadium getreten! Mexiko hat einen überraschenden Vorstoß gegen die Vereinigten Staaten unternommen und der Konferenz Vorschläge unterbreitet, nach denen Washington den bisher innegehabten händigen Vorstoß in der panamerikanischen Union preisgeben und sich damit abfinden soll, daß das Präsidium von den Ländern in alphabetischer Reihenfolge geführt wird. Weiter wird eine völlige Neuorganisation der Union verlangt, durch die der starke Einfluß Washingtons auf die mittelamerikanischen Staaten beschränkt wird.

Der Vorstoß Mexikos, der anscheinend von den mittel- und südamerikanischen Staaten nicht ungenossen wurde, hat in Havanna und Washington großen Eindruck gemacht. Um eine weitere Aufspitzung der Lage zu verhüten, beeilte sich Staatssekretär Hughes, durch ein Rede zur Beruhigung und Befestigung der Gemüter beizutragen, und dadurch eine den Vereinigten Staaten günstigere Stimmung zu schaffen. Er erklärte, Washington verfolge

keine Hintergedanken in Havanna, es sei nur deshalb in das Land marschiert, um Ruhe und Ordnung im Einvernehmen mit allen Parteien wiederherzustellen und geordnete Wahlen zu ermöglichen. Die Vereinigten Staaten hätten nicht die Absicht, in Havanna zu bleiben, sie wünschten vielmehr ein „klares, blühendes und unabhängiges Havanna“ und würden ihre Truppen zurückrufen, sobald das möglich sei.

Zum Schluß glaubte Hughes noch Verwahrung dagegen einlegen zu müssen, daß immer behauptet werde, die Vereinigten Staaten dächten nur an Geschäfte, hätten jedoch keine Ideale. Hughes meinte, auch Nordamerika hätte wiederholt für Ideale gekämpft und dafür Opfer gebracht und verwies zum Beweis auf den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg!

Brands Note veröffentlicht.

Die Aussichten für den Antikriegspakt gleich Null. Vor der Erneuerung des Schiedsgerichtsvertrags.

Die französische Regierung veröffentlicht nunmehr den Wortlaut der Antikriegsnote Brands an Kellogg, mit der sich Frankreich, entgegen seiner zuerst eingenommenen Haltung reichlich Zeit gelassen hat. Ein näheres Eingehen auf die Note erübrigt sich. Brand bemüht sich zwar, die Tür für weitere Verhandlungen offen zu lassen, doch geht deutlich aus der Antwort hervor, daß die Tür bereits dabei ist, ins Schloß zu fallen! In der Sache ist Frankreich unanfechtbar geblieben. Brand hält daran fest, daß nur ein „Angriffskrieg“ geachtet werden kann und verschanzt sich dabei hinter den Völkerverbund und die „gegenseitige Verpflichtung aus Verträgen“. In der Form zeigt Brand insofern Entgegenkommen, als er damit einverstanden ist, daß notfalls auch andere Mächte in den Pakt einbezogen werden. In Washington ist man mit Brands Note wenig zufrieden. Die Presse ist allgemein der Ansicht, daß Frankreichs Verweigerung, mit Amerika in ein besonders enges Verhältnis zu kommen, ungenügend gescheitert sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man nun zunächst nur über die Erneuerung des ablaufenden Schiedsgerichtsvertrags verhandeln. Wenn man einer Savasmedung glauben darf, steht der Abschluß der Verhandlungen über den Schiedsvertrag nicht bevor.

50 Jahre Fernsprecher!

Ein bedeutendes Jubiläum. — 1877 Eröffnung der ersten Telegraphenanstalt. — Heute rund 2,8 Millionen Sprechstellen in Deutschland!

Im letzten Viertel des Jahres 1927 hat der Fernsprecher die Feier seines 50-jährigen Bestehens in Deutschland begehen können. Deutschland ist das erste Land, in dem der Fernsprecher in der ihm von dem Amerikaner Bell gegebenen Form in den öffentlichen Nachrichtendienst eingeführt worden ist, zunächst zur Hebermittlung von Telegrammen bei Unfällen, bei denen sich der Moriebetrieb wegen des geringen Verkehrs umfanges nicht lohnte. Die erste Telegraphenanstalt für Fernsprechbetrieb wurde am 12. November 1877 in Friedrichsberg bei Berlin in Betrieb genommen. Das erste durch den Fernsprecher übertragene Gespräch in Deutschland wurde am 26. Oktober 1877 zwischen dem damaligen Generalpostamt und dem Generaltelegraphenamt in Berlin geführt.

Die Deutsche Reichspost hat mit Rücksicht auf die ersten wirtschaftlichen Verhältnisse davon abgesehen, das bedeutende Jubiläum des Fernsprechers durch eine besondere Feier zu begehen. Sie hat aber aus diesem Anlaß eine 230 Seiten starke, von

Staatssekretär Dr. Heyerabend verfaßte Denkschrift herausgegeben, in der das Entstehen, Werden und Wachsen des deutschen Fernsprechwesens in der Zeit von 1877 bis 1927 geschildert wird.

Die beiden ersten Abschnitte behandeln die Vorgeschichte des Fernsprechers. Hier wird der Erfindung des deutschen Lehrers Philipp Reis aus dem Jahre 1861 gedacht, der bereits mit einem, wenn auch recht unvollkommenen Telephon gesprochene Worte in die Ferne übermitteln konnte. Seinem eigentlichen Zweck wurde der Fernsprecher in Deutschland erst 1881 zugeführt, wo am 12. Januar die erste Vermittlungsstelle in Deutschland in der Französischen Straße in Berlin mit acht Teilnehmern zunächst versuchsweise in Betrieb genommen wurde. Am 24. Januar 1881 folgte die Stadtfernsprecheinrichtung in Mühlhausen im Elsaß und am 1. April 1881 wurde die Berliner Stadtfernsprecheinrichtung mit nur 48 Anschlüssen dem Verkehr übergeben. Heute hat Berlin fast 450 000 Sprechstellen, und in Deutschland befinden sich im ganzen rund 2,8 Millionen Sprechstellen. Der eigentliche Fernverkehr wurde erst 1887 aufgenommen.

Die übrigen Teile der Denkschrift beschäftigen sich mit der Entwicklung der Technik und den Umwälzungen auf diesem Gebiete. In den Anlagen ist als historisches Dokument der von Stephan persönlich verfaßte

Bericht an Bismarck

vom 9. November 1877 in Faksimile wiedergegeben, in dem er, nur einen halben Monat, nachdem er den ersten Fernsprecher erhalten hatte, die Wirkungsweise des neuen Apparates sachverständig schildert und den hohen Wert für die Telegraphenverwaltung und die Allgemeinheit klarlegt.

Englische und Evangelischer Bund.

Für die Einigung der Kirchen. — Gegen die Gründung einer neuen evangelischen Partei.

Das Präsidium des Evangelischen Bundes setzt sich in einer solchen veröffentlichten Erklärung mit der Enzyklika des Papstes auseinander, in der bekanntlich eine Teilnahme an den durch die Konferenzen von Stockholm und Lausanne dokumentierten kirchlichen Einigungsbestrebungen abgelehnt worden war. Der Evangelische Bund weist zunächst darauf hin, daß ein Anspruch der römischen Kirche, allein die Verwirklichung der heilsnotwendigen sichtbaren Kirche Christi zu sein, nicht anerkannt werden könne. Danach heißt es:

„Wir begreifen wir um so dankbarer die aus tiefem jenseitigen Gesamtverantwortung der daran beteiligten christlichen Kirchen heraus entstandenen Einigungsbestrebungen und rufen dazu auf, in tiefer Auffassung evangelischen Glaubens und Lebens das Erbe der Kirche zu reformieren, ihre Treue zu wahren und ihre Lebenskräfte gerade in unserer Zeit mit allen Mitteln zu starker Geltung zu bringen.“

In einer zweiten Erklärung wird gegen alle Versuche, eine neue evangelische Partei zu gründen, Stellung genommen und die Erwartung ausgesprochen, daß die bestehenden Parteien dem einmütigen Empfinden der evangelischen Bevölkerung Rechnung tragen und sich die Wahrung der deutsch-evangelischen Interessen mehr als bisher angelegen sein lassen.

Groener über sein Programm.

Ein Personenwechsel nicht beabsichtigt. — Zuerst Stellung der Reichstagsdebatte über den Wehretat?

Eine Berliner Zeitung will von einer dem neuen Reichswehrminister Groener nahestehenden Seite Mitteilungen über das Programm Groeners erhalten haben. Danach ist irgend ein plötzlicher Systemwechsel nicht beabsichtigt. Groener sei bekannt dafür, daß er nur nach sorgfältiger Prüfung Entschlüsse fasse. Ihm werde sicher am Herzen liegen, das Vertrauensverhältnis zum Reichspräsidenten zu erhalten. Auch an einen Personenwechsel von Bedeutung sei nicht zu denken. Da der Haushalt des Wehrministeriums bereits den Reichstag passiert habe und dem Reichstag vorliege, sei damit zu rechnen, daß die Beratung dieses Etats wegen des Ministerwechsels an das Ende der Beratungen des Haushaltsausschusses gestellt wird. Fragen grundsätzlicher Art, die zu sofortiger Entscheidung drängen, liegen in der Wehrmachtsverwaltung nicht vor.

An der Frage der wirtschaftlichen Räte, die den deutschen Eisen bedürfen, steht der Minister aus eigener Erfahrung als Chef der Eisenbahnabteilung des Generalstabes und als Reichsverkehrsminister auf dem Standpunkte der Reichsregierung.

Lohnkämpfe im Ruhrbergbau.

Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband beschließt die Kündigung der Tarife zum 30. April.

Eine in Bochum abgehaltene Konferenz von 700 Delegierten des Alten Bergarbeiter-Verbandes aus dem Ruhrbezirk nahm nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Hufemann einstimmig eine Entschließung an, in der unter Hinweis auf die zu niedrige Entlohnung und die erhöhten Anforderungen an die Kräfte der Bergarbeiter durch die Mechanisierung und das Untereisensystem eine bedeutende Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, sowie die Organisationsleitung beauftragt wird, zum 30. April die Kündigung des Lohnvertrags und des Mehrarbeitsabkommens auszusprechen.

Abgeordneter Hufemann

hatte in seinem Referat ausgeführt, von insgesamt 24 Berufen stünden die Bergarbeiter in der Entlohnung an der 15. Stelle. Der Reallohn für die Gesamtbelegschaft betrage 97, für die Hauer sogar nur 93 Proz. des Friedenslohnes. Mit freiwilligen Zugeständnissen der Arbeitgeber sei nicht zu rechnen, die Arbeiterkraft müsse sich deshalb mit dem Gedanken vertraut machen, vom 1. Mai ab in den Streik treten zu müssen.

Der Streik in Mitteldeutschland.

Die Streikparole von den Metallarbeitern befolgt.

— Dessau, 24. Januar. Der Streikparole des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind hier sämtliche, eisenverarbeitende Werke gefolgt. Seit Montag liegen vor allem still die gut beschäftigten Vomag-Meguin A.-G., die Dessauer Waggonfabrik A.-G. und die Firma Hufschmidt, die hauptsächlich mit dem Auslande arbeitet. Über 4000 Arbeiter sind an dem Streik beteiligt. In Köslau liegt seit Montag die Schiffswerft von Gebrüder Sachjenberg, Köslau und Köln-Deutz, still.

— Freital-Böhlen, 24. Januar. Die Sächsischen Gußstahlwerke haben die von den mitteldeutschen Metallindustriellen angekündigte Auslieferung durchgeföhrt und ihre 2000 Mann starke Belegschaft entlassen.

Neuwahlen im Mai?

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius wohnt in Mannheim einer Tagung der Deutschen Volkspartei bei und erklärte, die Neuwahlen zum Reichstag seien etwa im Mai zu erwarten.

Die Eselreiterin.

32) Roman von Harry Scheff. Deutscher Probeing-Berlag, Berlin W. 66. 1925.

„Und nun erzähle deinen Damen, Gerhard“, rief der Kolonel lachend aus, „wie wir beide uns in den Rocky Mountains getroffen haben und wie wir Freunde geworden sind — nicht nur Jugendfreunde, meine Damen, sondern Lebensgefährten während einer Zeit, in der es uns bei den Abenteuern aus Passion nicht besonders großartig ergangen ist. Ich kalkuliere, die Erinnerung an eine solche Zeit ist ein fester Kitt zwischen zwei Menschen, und wie ich an dich, so hast du, Freund Haffelwerde, gewiß oft an den lustigen Bob Custer gedacht — ha, ha, sehen Sie doch nur den Menschen an — nicht ein Wort kann er vor freudiger Ueberraffung hervorbringen, die Nahrung verlagert ihm die Stimme.“

Wir wagen es nicht, zu entscheiden, ob es wirklich Nahrung oder freudige Ergriffenheit über das ganz unerwartete Erscheinen eines alten Freundes war, was Gerhard von Haffelwerde so ganz und gar die Stimme verlor. Jedenfalls machte er nicht den Eindruck eines Menschen, der von dem Wiedersehen mit einem anderen entzückt ist. Glücklich wenigstens ruhten seine Blicke eher unnützlich als froh auf dem zerhackten Antlitz des prominenten Amerikaners. Die ersten Worte, die der Kommerzienrat dann über die Lippen brachte, standen allerdings im Gegensatz zu dem, was seine Blicke verrieten.

„Herzlich willkommen, Kolonel — in der Tat, das hätte ich mir nicht träumen lassen, dich hier in Deutschland und in meinem Hause wiederzusehen und begrüßen zu können. Aber um so besser. Mit meiner Frau und ihrer Mama hast du dich also schon bekannt gemacht, ich habe nur nötig, hinzuzufügen, daß Kolonel Custer tatsächlich mein einziger und daher zweifellos mein bester amerikanischer Freund ist. Nichts kann mir angenehmer sein als dein vorübergehender Besuch in meinem Hause, auf meinem Gut.“

Der Kolonel ließ ein kurzes, aber keineswegs beleidigtes Nicken hören.

„Kurzer Besuch — verstehen Sie recht, meine

Harter Kampf um das Reichsschulgesetz.

Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien trat erneut zusammen und erörterte den Paragraphen 20 des Reichsschulgesetzes, der die Stimmanteile der Parteien betrifft. Von Seiten der Deutschen Volkspartei und des Zentrums wird erklärt, daß eine Annäherung an den beiderseitigen Standpunkt nicht erzielt worden ist. Die Deutschnationalen hoffen auf eine Einigung zwischen der ersten und zweiten Lesung des Schulgesetzes im Plenum. Minister Dr. Köhler beabsichtigt heute oder morgen im Bildungsausschuss eine Erklärung über die Kostenfrage abzugeben. Weiter wurde die Kreditliste für die Landwirtschaft besprochen. Ueber die Notwendigkeit der Kreditliste ist man sich einig, über den Weg zur Aufbringung der Mittel muß noch verhandelt werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 24. Januar 1928.

— Graf Westphal hielt in einer Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Neuss einen längeren Vortrag über die politische Lage.

— Beim Nachbrennen der polnischen Grenze erschossen. Beim Besuch, die polnische Grenze an der Scharnafta zu überqueren, wurde Sonntag morgen der 19-jährige Arbeiter Jozynski aus Jaborow von einem polnischen Grenzbeamten, dessen Aufforderung zum Stehenbleiben Jozynski unbeachtet ließ, angeschossen. Die Verletzung war so schwer, daß Jozynski kurze Zeit darauf verstarb.

Rundschau im Auslande.

— Der polnische Ministerat beschloß die Auflegung einer vierprozentigen Prämienanleihe im Betrage von 50 Millionen Loty.

— Der Führer der japanischen Delegation, Graf Goto, ist nach einmonatigem Aufenthalt in Moskau nach Tokio zurückgekehrt.

Neuregelung der Reparationsabgaben?

— Nach Mitteilungen Pariser Blätter sehen die deutsch-französischen Verhandlungen über Abänderung der Methode der Vereinnahmung der 26prozentigen Reparationsexportabgabe, die in Zukunft direkt durch die deutschen Ausfuhrstellen an die Reparationskasse in Berlin abgeführt werden soll, kurz vor ihrem Abschluß.



General Nobile,

der weltbekannte italienische Nordpolfahrer, wurde von der italienischen Regierung beauftragt, mit dem Luftschiff „Italia“ eine neue Forschungsreise nach dem Nordpol zu unternehmen.

Schluszdienst.

Einsperrung auch der Metallarbeiter in Halle.

Halle, 24. Januar. Der Verband der Metallindustriellen, Bezirksgruppe Halle, hat am Montag nachmittag die Einsperrung der noch arbeitenden Metallarbeiter für Dienstag abends um Schluß beschloßen. Die streikenden Arbeiter treten von dem Tage des Eintritts in den Streik als entlassen.

Totschlagsversuch in der Grube.

— Dortmund, 24. Januar. Im Grubenbetriebe der Grube „Minister Stein“ kam es zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen dem Steiger Wibbel und dem Wetterkontrollleur Nowitzki. Wegen einer unordnungsmäßig ausgeführten Arbeit war der Wetterkontrollleur von dem Steiger gerügt worden. Darauf entpinn sich ein Wortwechsel, der schließlich in einen Schlägerkampf ausartete. Nowitzki ergriff ein Peil und verlegte damit dem Steiger am Kopf schwer. Im weiteren Schlägen zu entgehen, stellte sich der Steiger tot. Nowitzki warf nun den vermeintlich Toten in den Bremsberg sump. Als sich der schwerverletzte Steiger aus dem Sumpf herausgearbeitet hatte, wurde er von dem Täter nochmals bedroht. Von zwei zehrenden Bergleuten wurde der Steiger dann in die Grube gebracht und dem Krankenhaus zugeführt. Der Wetterkontrollleur wurde verhaftet.

Todesurteil gegen den Mörder des Lodzer Stadtpräsidenten.

— Lodz, 24. Januar. Den einen der beiden Missethäter des vorigen Jahr den Stadtpräsidenten von Lodz, Gynark, ermordet hatten, verurteilte das Gericht zum Tode durch den Strang. Das Verfahren gegen den Mittäter Walacjak, das abgetrennt worden war, wird im Laufe dieser Woche stattfinden.

Neue Rede Köhlers.

Antwort auf die Kritik der Parteien.

— Berlin, den 23. Januar 1928.

Zu Beginn der heutigen Reichstagsführung, die der Aussprache zum neuen Reichsgesetz gewidmet ist, beantragte Abg. Stöcker (Komm.) die Mitteleitung eines Antrages seiner Fraktion, monach der Bericht des Sparkommissars Seemilch über die Rheobus-Angelegenheit dem Reichstag zugänglich gemacht werden soll.

Der Mitteleitung des Antrags wird widersprochen.

Präsident Lohse erklärte, die Angelegenheit werde ohnehin noch zur Sprache kommen, weil durch einen Nachtrag, etat die dem Reiche aus der Rheobus-Affäre entstandenen Kosten vom Reichstag angefordert werden müßten.

Abg. Seiffert (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Machtwillens, die kleineren Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Zum Schluß fragt Redner nach dem verschönten Reimungsverfahrens und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsoffer. Eine höhere Aufwertung als die gegenwärtige sei möglich.

Als nächster Redner nimmt das Wort

Reichsfinanzminister Dr. Köhler:

Der Etat hat von allen Seiten eine kühle Beurteilung erfahren. Alle Finanzminister der Nachkriegszeit sind nicht gerade mit Anerkennung verhaftet worden. Jetzt ist die uns gewährte Erholungsphase vorüber, und es beginnt das Normaljahr der Zurechtbildung. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Aufgaben steht aber noch in den hinteren Reihen und viele Probleme sind ungelöst. Man könnte fragen, warum sie nicht in Angriff genommen wurden, als Deutschland noch volle Kräfte hatte; aber solche rückwärtigen Betrachtungen haben wenig Wert. Man hat mich wegen meiner pessimistischen Beurteilung der Finanzlage in meiner vorjährigen Etatsrede getadelt. Damals haben aber die sozialdemokratischen Finanzfachverständigen Dr. Berg und Keil die Lage noch dunkler gesehen; ich befand mich also in recht guter Gesellschaft.

Frau von Clairmont hatte sich längst erhoben, um im Hintergrund der Terrasse dem durch ein Glöckchen herbeigerufenen Diener die nötigen Befehle für die Aufnahme des Gastes zu geben.

„Sehr wohl, gnädige Frau“, sagte der Diener, „die beiden Räume neben dem Jagdzimmer, ich werde Koffer und Taschen des Herrn Kolonel gleich hinaufschaffen lassen. Und das Frühstück?“

„Hier auf der Terrasse, vergessen Sie Portwein und Zigaretten.“

Der Diener verschwand und die Mutter Klothildes begrüßte nun gleichfalls den Gast mit Händedruck und lebensmühsamen Worten, aber ihr Benehmen gegen Kolonel Custer war doch um vieles zurückhaltender als das ihrer Tochter.

Frau von Clairmont hatte ihren Schwiegersohn beim Erscheinen des Gastes eben besser beobachtet.

Nach kurzer Zeit sah der Kolonel so behaglich und zufrieden bei seinem Dejeuner, als beglückwünschte er haben. Dabei führte er, während er die aufgetragenen Platten leerte und dem ausgezeichneten Portwein alle Ehre erwies, eine muntere Unterhaltung mit den Damen. Klothildes lachte viel über den spöttischen Kolonel. Sie versuchte, sich über sein bisheriges Leben ein wenig zu orientieren.

„Sie sind nicht vermählt, Kolonel, waren es auch niemals.“

„Das ist das einzige Gebiet, auf dem ich mich noch nicht versucht habe, gnädige Frau. Ich bitte Sie, Indianern, bald mit anderen Nautikern herumzuschlagen, wie hätte der Zeit finden sollen, sich ein Weib zu erringen und sich eine Häuslichkeit zu gründen? aus dem man Chefsachen schmeckt. Mein Freund Gerhart hatte in dieser Beziehung mehr Glück. Ich bin verheiratet, sich die schönste Blume zu eigen zu machen. Aber er ist ja überhaupt ein ausgemachter Glückspilz.“

(Fortsetzung folgt.)

* Während einer der letzten Nächte haben in Paris fünf Personen infolge schlechten Schließens der Gashähne den Tod gefunden.

* Wie aus Madrid verlautet, ist die bekannte Schauspielerin Maria Guerrero an Urdarmleiden bedenklich erkrankt.

